

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BAYERN

Antragsheft 2

für die 1. Tagung des

14. Landesparteitag

24. – 25.03.2023 in der Stadthalle Erding

Inhaltsverzeichnis

Bekanntmachungen der Antragskommission 2

Übernommene Änderungsanträge 2

Teilweise übernommene Änderungsanträge 3

Zurückgezogene Änderungsanträge 6

Eingegangene Anträge seit dem Antragsheft 1 7

Bekanntmachungen der Antragskommission

Übernommene Änderungsanträge

Der Landesvorstand hat beschlossen die folgenden Änderungsanträge vollständig in seine Anträge zu übernehmen (Stand: 02.03.2023):

Antragsnummer, Antragsteller*innen, zu finden in

- L1-A-101-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-114-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-132-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-155-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
- L1-A-161-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-174-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-182-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-202-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
- L1-A-213-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
- L1-A-230-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
- L1-A-236-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
- L1-A-250-1, Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt), *Antragsheft 2*
- L1-A-255-1, Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt), *Antragsheft 2*
- L1-A-306-1, Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt), *Antragsheft 2*
- L1-A-310-1, Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt), *Antragsheft 2*
- L1-A-314-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
- L1-A-318-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
- L1-A-350-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
- L1-A-354-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
- L1-A-359-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
- L1-A-371-1, Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt), *Antragsheft 2*
- L1-A-410-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
- L1-A-432-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*

- L1-A-470-1, AG Betrieb & Gewerkschaft München, *Antragsheft 2*
 L1-B-8-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
 L1-B-204-1, Kreisverband Augsburg, *Antragsheft 1*
 L1-B-296-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-301-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-303-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-305-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-305-2, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-308-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-398-1, LAG Netzpolitik, *Antragsheft 2*
 L1-B-419-1, Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), *Antragsheft 1*
 L1-B-432-1, LAG Netzpolitik, *Antragsheft 2*
 L1-B-473-1, Maximilian Arnold (KV Augsburg), *Antragsheft 2*
 L1-B-662-1, LAG Klimagerechtigkeit, *Antragsheft 1*
 L1-B-710-1, LAG Klimagerechtigkeit, *Antragsheft 1, Antragsheft 2*
 L1-D-518-1, LAG Netzpolitik, *Antragsheft 2*
 L2-233-1, Uwe Schildbach, Kathrin Flach Gomez und Weitere *Antragsheft 1*
 L2-344-1, Christian Löbel, Kathrin Flach Gomez und Weitere *Antragsheft 1*
 L2-346-1, Kathrin Flach Gomez, Uwe Schildbach und Weitere *Antragsheft 1*

Teilweise übernommene Änderungsanträge

Der Landesvorstand hat beschlossen die folgenden Änderungsanträge teilweise in seine Anträge zu übernehmen (Stand: 02.03.2023):

Antragsnummer	Antragsteller*in	Zu finden in
Formulierung der Teilübernahme		
L1-A-107-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
<ul style="list-style-type: none"> Wir werden landeseigene Landesenergiwerke aufbauen. Diese sollen den Ausbau von erneuerbaren Energien auf staatlichen Flächen („Staatsforsten“) so voranbringen, dass alle Menschen davon profitieren 		
L1-A-142-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Regionale Transformationsnetzwerke sollen ausgebaut und durch eine eigene Stabsstelle im Wirtschaftsministerium koordiniert werden. Sie sind das zentrale Element, um vor Ort Druck aufzubauen und gemeinsam mit allen regionalen Akteuren Wege zu finden, die Industrie, insbesondere die Autoindustrie, umzubauen und gleichzeitig Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten.		
L1-A-142-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Wir wollen Landesbeteiligungen bei BMW, Audi und Siemens erwerben. Diese Beteiligungen sollen dabei ausreichen, um mindestens einen Aufsichtsratsposten zu stellen, sodass Beschäftigte, Gewerkschaften und Landesvertreter dort eine Mehrheit haben		

L1-A-175-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Über den ganzen Lebenszyklus sind auch E-Autos enorme Energiefresser, zwar besser als Verbrenner, aber nicht klimafreundlich.		
L1-A-286-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Mit einem Landesmindestlohngesetz sorgen wir dafür, dass bei der Verwaltung, landeseigenen Unternehmen und bei der Vergabe von Aufträgen und Wirtschaftsförderung durch das Land Bayern und Kommunen nur Unternehmen berücksichtigt werden, die einen armutsfesten Mindestlohn zahlen. Armutsfest ist ein Mindestlohn, wenn man nach Vollzeitarbeit eine Rente über der Sozialhilfe erhält.		
L1-A-307-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
<p>Z. 307 keine Übernahme Z. 309 Teilübernahme:</p> <p>Die Digitalisierung schafft neue, teils auch entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen. Wir fordern, dass sich die Flexibilität im Arbeitsleben nach den Bedürfnissen der Beschäftigten richtet. Wir setzen uns für mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen und einen besseren Schutz gegen Dauerstress und Überlastung ein.</p>		
L1-A-370-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Wir fordern zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen. Wir fordern die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte im Bayerischen Personalvertretungsgesetz auf das Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes.		
L1-A-388-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Nur Z. 397 - 400 übernommen		
L1-A-419-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
<p>Wir fordern eine Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes mit Ausweitung der Mitentscheidungsmöglichkeiten auf das Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes. Die demokratische Verfasstheit der bayerischen Verwaltung sollte Vorbildcharakter für die Privatwirtschaft haben, statt hinter ihr zurückzustehen. Unsere Kolleg:innen in den Verwaltungen müssen endlich die notwendigen Veränderungen in den Behörden erreichen können.</p> <p>Z. 423 keine Übernahme</p>		
L1-A-446-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Nur Zeilen 446 - 449 übernommen		
L1-A-479-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Wir fordern die Abschaffung der Leiharbeit. Wir wollen gute und unbefristete Arbeitsverhältnisse, die ihre Arbeitszeiten reduzieren, müssen einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit haben.		
L1-A-629-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Die Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit ist flächendeckend unbürokratisch für Von Armut Betroffenen zu ermöglichen.		

L1-B-35-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 2
Wir müssen weg vom Wettbewerbsföderalismus hin zu mehr Zusammenarbeit in der Bildung: Wir heben das Kooperationsverbot im Grundgesetz vollständig auf und verankern Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.		
L1-B-56-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Bildungsarbeit braucht Professionalität: Wir wollen deutlich mehr Erzieher:innen und andere pädagogische Fachkräfte ausbilden.		
L1-B-65-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Nur Zeilen 67 - 69 übernommen		
L1-B-147-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Neue Zeilen 144 – 149: „Eine Schule für alle“ soll es als flächendeckendes Ganztagsangebot geben, damit jedes Kind einen Platz erhalten kann und Eltern nicht gezwungen sind, deswegen ihren Wohnort zu wechseln oder lange Wege in Kauf genommen werden müssen. Dabei ist uns wichtig: jedem, nicht nur manchem Kind ein Instrument, ausreichend Sport- und Kulturangebote im Ganztag.		
L1-B-179-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Die Mehrgliedrigkeit in verschiedene Schularten sorgt nachweislich für eine Vertiefung der sozialen Kluft.		
L1-B-229-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule mit umfassenden Mitentscheidungsrechten der Schüler:innen und Beschäftigten.		
L1-B-254-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 2
Wir setzen die gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für alle Lehrer:innen jetzt und nicht erst - wie es der Ministerpräsident plant - in vielen Jahren um.		
L1-B-297-1	Kreisverband Augsburg	Antragsheft 1
Wir wollen jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-Bafög ambeiten. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche Ausbildung zu wechseln.		
L1-B-597-1	LAG Klimagerechtigkeit	Antragsheft 1
Die Formulierung der Teilübernahme des Landesvorstands ist in L1-B-597-1-TÜ (Antragsheft 2) zu finden.		
L1-D-356-1	LAG Netzpolitik	Antragsheft 2
Übernahme in Zeile 412		

L1-D-681-1	Maximilian Arnold (KV Augsburg)	Antragsheft 1
<p>Als konsequente Friedenspartei verurteilt DIE LINKE jede Aggression und steht für ein Ende aller Kriege - in der Ukraine, aber auch im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine internationale Entwicklung gegen Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der bundesdeutschen Außenpolitik über Nacht, sowie das damit verbundene größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein neues Zeitalter des kalten Krieges, atomare Teilhabe, Wirtschaftskrieg und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale kann nur in den Abgrund führen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen globalen Machtblöcken erhitzen sich bis zum Siedepunkt. In dieser Auseinandersetzung hat die überwiegende Mehrheit der Menschen weltweit nichts zu gewinnen.</p>		

Zurückgezogene Anträge

Die folgenden Anträge wurden zurückgezogen:

Antragsnummer, Antragsteller*in, Antragsheft

L1-A-95-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-134-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-154-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-216-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-249-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-272-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-304-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-314-2: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-318-2: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-326-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-362-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-365-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-375-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-379-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-402-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-439-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-459-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-464-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-495-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-546-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-605-1: Kreisverband Augsburg, (1)

L1-A-612-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-A-644-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-21-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-23-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-60-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-73-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-97-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-150-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-249-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-292-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-294-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-346-1: Kreisverband Augsburg, (1)
L1-B-416-1: Valentin Schötz (KV Nürnberg Stadt & Land), (1)

Antrag L1-A-155-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 155

- 154 • **Wir stehen für langlebige Produkte und Reparaturförderung ein. Die Landespolitik**
155 **macht dabei durch gesetzliche Vorgaben, Verbote und Förderung Druck auf die**
156 **ansässigen Unternehmen, um die Langlebigkeit der**
157 **Produkte zu verbessern. Durch einen „Reparaturbonus“ von bis zu 100 Euro, wie in**
157 **Thüringen, soll außerdem die Reparatur von elektronischen Geräten bezuschusst**
158 **werden.**

Begründung

Konkretisierung, was wir unter Druck verstehen.

Antrag L1-A-202-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 202

- 199 • **Wir fordern ein neues Landesentwicklungsprogramm (LEP) mit aktiver Struktur- und**
200 **Klimapolitik. Statt Deregulierung soll es klare Vorgaben für die**
201 **Gewerbeansiedlung geben, um die Ansiedlung von Gewerbe in strukturschwachen**
202 **Regionen zu stärken. Die Lockerung des Anbindegebots (Im LEP: neue Baugebiete dürfen**
203 **nur direkt an vorhandenen Siedlungen errichtet werden) und die weitere Stärkung**
203 **der Metropolen lehnen wir ab. Gleichzeitig muss sich das LEP an den Pariser**
204 **Klimazielen messen. Strategien zur Reduktion des Ressourcen- und**
205 **Flächenverbrauchs sowie der Treibhausgas-Emissionen müssen klar benannt werden.**

Begründung

Begriffserklärung

Antrag L1-A-213-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 213

- 212 • **Der Ausbau und die Ansiedlung staatlicher Verwaltung und Hochschulen in**
213 **ländlichen Räumen muss unter Einbindung der betroffenen Beschäftigten vorangetrieben**
214 **werden. Durch die Verlagerung von**
215 **staatlicher Verwaltung und Hochschulen können neue Wirtschaftsstandorte**
216 **geschaffen werden. Gleichzeitig bringt das junge Menschen in diese Regionen und**
216 **hält diese dort, was sich positiv auf die Demographie auswirkt.**

Begründung

Die CSU Regierung hat sowas oft ohne die Betroffenen entschieden. Sollten wir nicht.

Antrag L1-A-230-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 230 - 232

- 221 Der Freistaat Bayern hat sich verpflichtet, für gleiche Lebensverhältnisse in Stadt
222 und Land einzutreten. Die Realität sieht leider anders aus. Während die Metropolen
223 wie München und Nürnberg aus allen Nähten platzen, brechen die Strukturen in vielen
224 ländlichen Regionen auseinander. Das heißt: weniger Jobs, schlechtere Einkommen,
225 weniger Grundversorgung und Zukunftschancen. In manchen Regionen in Oberfranken und
226 der Oberpfalz sind so seit 2005 mehr als ein Drittel aller Supermärkte weggebrochen.
227 Auch in anderen Regionen sieht es nicht viel besser aus. Ein Großteil der Probleme
228 ist dabei hausgemacht, weil sich die bayerische Landespolitik bis heute weigert,

229 aktive Strukturpolitik zu machen und stattdessen Deregulierung vorantreibt. Die
230 Kommunen werden dabei einem gegenseitigen ~~-vermeintlich fairen-~~ ruinösen Wettbewerb
231 ausgesetzt. ~~Die vermeintliche Chancengleichheit, die dem zugrunde liegt, ist~~
232 natürlich Unsinn. Strukturstarke Regionen werden gestärkt, andere Regionen dafür
233 wirtschaftlich abgehängt. Die Landesregierung befeuert diese Politik in dem sie aktiv
234 die Ansiedlung von großen Digitalkonzernen wie Apple, Google, Amazon und Co. in
235 München verfolgt und dafür sogar bereit ist landeseigenen Grund und Boden zu
236 verkaufen. DIE LINKE steht für eine andere Politik. Statt Leuchtturmprojekte wollen
237 wir gute Lebensbedingungen in ganz Bayern. Das benötigt eine aktive Strukturpolitik
238 durch die Landesregierung und starke demokratische Einbindung der Menschen vor Ort.

Begründung

Knapper gesagt, um was es geht.

Antrag L1-A-250-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 250 - 251

- 249 • **Deswegen fordern wir gemeinsam mit den Gewerkschaften ein bayerisches**
250 **Tariftreuegesetz. ~~So werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen-~~**
251 **~~vergeben, die nach Tarif zahlen.~~**

Antrag L1-A-255-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 255 - 258

- 255 • **Der Schlüssel zu höheren Löhnen sind starke Tarifverträge. ~~Um die Tariffucht-~~**
256 **~~der Arbeitgeber zu unterbinden, müssen auf Antrag der Gewerkschaften-~~**

- 257 **Tarifverträge auch Auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände müssen auf Antrag**
258 **der Gewerkschaften Tarifverträge für allgemeinverbindlich**
259 **erklärt werden. können.**

Antrag L1-A-259-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 260

- 259 • **Nach der Arbeit bleibt zu wenig vom Leben. Darum fordern wir eine**
260 **Wochenarbeitszeit von 350 Stunden.**

Antrag L1-A-292-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 292

- 292 Von Lohngerechtigkeit kann angesichts einer Lohnlücke von 2118 Prozent zwischen Frau
293 und Mann keine Rede sein. Wir brauchen ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz
294 samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen und
295 endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten.

Begründung

18% ist laut unserem Stand die aktuelle Lohnlücke aus dem Jahr 2022.

Antrag L1-A-306-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 306 - 308

- 306 • **Wir verteidigen den freien Sonntag. ~~So bleibt Zeit für die Familie, für Freunde-~~**
307 **~~und Hobbys. Wir wollen keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Mit uns gibt es~~**
308 **~~keine verkaufsoffenen Sonntage und keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes.~~**
309 **keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. So bleibt Zeit für die Familie, für Freunde und**
310 **Hobbys.**

Antrag L1-A-310-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 310 - 311

- 309 • **Die Digitalisierung schafft neue, oft entgrenzte und prekäre**
310 **Beschäftigungsformen. ~~Doch Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den-~~**
311 **~~Bedürfnissen der Beschäftigten richten. Wir setzen uns für mehr Zeitsouveränität~~**
312 **für die Einzelnen und einen besseren Schutz gegen Dauerstress und Überlastung**
313 **ein.**

Antrag L1-A-371-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Lukas Eitel (KV Erlangen-Höchstadt)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 371

- 370 • **Wir wollen die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ausweiten. Das heißt zwingende**

- 371 **Mitbestimmungs- und Vetorechte ~~der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte~~ bei**
372 **allen wirtschaftlichen Fragen. Wir fordern die Ausweitung der**
373 **Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bayerischen Personalvertretungsgesetz auf das**
374 **Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes.**

Antrag L1-A-410-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 410 - 415

- 409 Eine Stunde pro Woche sollen die Beschäftigten von der Arbeit freigestellt werden, um
410 ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen zu können. ~~Um die Gründung von Betriebsräten~~
411 ~~generell zu erleichtern, fordern wir in betriebsratslosen Betrieben einmal im Jahr~~
412 ~~Versammlungen, in denen Gesamt- oder Konzernbetriebsrat oder eine~~ Auch die im Betrieb
413 vertretene Gewerkschaft ~~über die Möglichkeit einer Betriebsratswahl informieren. Dies~~
414 ~~kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, bis es bessere Mitsprachemöglichkeiten~~
415 ~~durch die Bundesgesetzgebung verwirklicht sind~~ muss das Recht haben, einen Wahlvorstand
einzusetzen. Darauf wollen wir im Bundesrat
416 hinwirken.

Begründung

Wir sollten über die DGB-Forderungen hinausgehen und die Rechte der Gewerkschaften stärken.

Antrag L1-A-446-2: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 446 - 449

- 446 • ~~Während andere Parteien die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13~~
447 ~~Stunden anheben wollen, fordern wir eine Absenkung der Wochenhöchstarbeitszeit~~
448 ~~auf 40 Stunden. Die Normalarbeitszeit wollen wir wie die Gewerkschaften auf 35~~
449 ~~Stunden pro Woche absenken.~~
- Wir fordern wir eine Absenkung der Wochenhöchstarbeitszeit auf 40 Stunden. Die Normalarbeitszeit wollen wir auf 30 Stunden pro Woche absenken.

Begründung

In unserem Parteiprogramm fordern wir 30 Stunden, deshalb wollen wir das auch im Wahlprogramm fordern.

Antrag L1-A-470-1: Änderungsantrag zu L1-A

Änderungsantrag zu L1-A

Antragsteller*in:	AG Betrieb & Gewerkschaft München
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 470

464 Während andere Parteien das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die gesetzliche
465 Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13 Stunden anheben wollen, fordern wir eine
466 Absenkung! Die gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden reduziert
467 werden. Die Normalarbeitszeit ist historisch in vielen Schritten abgesenkt worden.
468 Wir fordern gemeinsam mit den Gewerkschaften den nächsten Schritt, so dass die 35-
469 Stundenwoche Normalität wird. Ausnahmen müssen strikter begrenzt und stärkere
470 Kontrollen durch ~~Arbeitnehmervertretungen und~~ personell gut ausgestattete
Arbeitschutzbehörden müssen gesetzlich
471 vorgeschrieben werden. Insbesondere in Bayern sind die Stellen unbesetzt, die
472 dringend nötig wären.

Begründung

Nach BetrVG haben Betriebsräte eh die Pflicht, auf die Einhaltung aller Gesetze zu achten. Wie sie das machen, müssen sie u. a. nach Arbeitskapazität entscheiden. Wichtig ist, dass die Kontrollämter ausreichend Personal haben.

Antrag L1-B-35-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Augsburg
Status:	Teilübernahme
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 35 - 38

- 35 • ~~Wir müssen weg vom Wettbewerbsföderalismus hin zu mehr Zusammenarbeit in der~~
36 ~~Bildung: Das~~ heben das Kooperationsverbot im Grundgesetz ~~muss~~ **vollständig**
37 ~~aufgehoben. Eine~~
38 ~~Gemeinschaftsaufgabe~~ auf. Und verankern Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund
und Ländern ~~verankert werden. Dafür soll~~
~~sich Bayern aussprechen und einsetzen.~~

Information der Antragskommission

Wir müssen weg vom Wettbewerbsföderalismus hin zu mehr Zusammenarbeit in der Bildung: Wir heben das Kooperationsverbot im Grundgesetz vollständig auf und verankern Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.

Antrag L1-B-158-2: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 158

- 158 • **Jahrgangswiederholungen sollen nur auf Antrag mit Zustimmung der Schüler:innen**
ermöglicht
159 **werden.**

Begründung

Wir halten es weiterhin für sinnvoll, wenn Lehrende – gerade in niedrigeren Klassenstufen –

Empfehlungen und entsprechende Anträge abgeben können. Wir möchten aber, dass Schüler*innen bei der Frage mit einbezogen werden müssen, um nicht über ihren Kopf hinweg zu entscheiden.

Antrag L1-B-254-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Augsburg
Status:	Teilübernahme
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 254 - 256

- 254 • ~~Gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für Lehrer:innen an allen~~
255 ~~Schulformen -- zeitnah und nicht erst in vielen Jahren. Wir sorgen dafür, dass~~
256 ~~das Versprechen des jetzigen Ministerpräsidenten auch umgesetzt wird~~ setzen die
gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für alle Lehrer:innen jetzt und nicht
erst in vielen Jahren um.

Information der Antragskommission

Wir setzen die gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für alle Lehrer:innen jetzt und nicht erst - wie es der Ministerpräsident plant - in vielen Jahren um.

Antrag L1-B-306-0: Kompromissvorschlag zu L1-B-306-1 und L1-B-306-2

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	Kompromissvorschlag für L1-B-306-1 & L1-B-306-2
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 306 - 307

- 306 • ~~Es braucht einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für~~
307 ~~Praktikant:innen.~~
- Wir fordern eine höhere Mindestausbildungsvergütung, die sich aus 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung aller Branchen des jeweiligen Ausbildungsjahres ergibt. Diese muss auch für Berufsausbildungsverhältnisse gelten, die

nicht unter das Berufsbildungsgesetz fallen (z.B. Pflegeberufe). Dafür wollen wir uns im Bundesrat einsetzen.

- **Wir wollen, dass Praktikant:innen Anspruch auf den Mindestlohn bekommen.**

Information der Antragskommission

Landesvorstand übernimmt die Anträge L1-B-306-1 und L1-B-306-2 durch diese Formulierung teilweise.

Antrag L1-B-398-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 398 - 400

- 398 • **Wir ~~setzen auf Open Source statt Datenkrakenprodukte privater Konzerne. Darum~~**
399 **wollen wir ~~Lobbyverbände~~ und „Spenden“ digitaler Ausstattung aus Schulen**
400 **heraushalten. Deswegen setzen wir im Unterricht auf Open Source.**

Begründung

Datenkrake ist ein problematischer Begriff und der Einsatz von klassischen Datenkrakenprodukte sind nach DSGVO an Schulen verboten

Open Source ist nicht die Basis der Argumentation, sondern das Heraushalten von Lobbyverbänden und "Spenden"

Antrag L1-B-432-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 434

432 Deshalb wollen wir, dass alle unsere Kinder und Jugendliche über ein mobiles

433 digitales Endgerät verfügen und fordern kostenfreie Leihgeräte für alle, die sich ein
434 solches nicht leisten können. Dafür brauchen wir digitale Bildungskonzepte und die
Ausschöpfung der Mittel aus dem DigitalPakt Schule. Unsere Bildungseinrichtungen dürfen
auch kein
435 Einfallstor für Privatisierung und Kommerzialisierung sein, weshalb wir den
436 konsequenten Einsatz freier Soft- und Hardware fordern. Um grundlegende Zusammenhänge
437 zu verstehen, ist kommerzielle Infrastruktur nicht notwendig. Im Gegenteil: Da die
438 Unternehmen einen Einblick in die Funktionsweise ihrer Technik aktiv verhindern, ist
439 sie für das Verständnis hinderlich. Das Bestreben privater Anbieter, Daten von
440 Nutzer:innen zu kommerzialisieren, muss ausreichend in der digitalen Bildung
441 behandelt werden, genauso, wie das Erarbeiten von Strategien, diesem Bestreben
442 entgegenzuwirken und souverän über die eigenen Daten zu bleiben. Zur Bildung zu
443 Medienkompetenz gehört auch, dass fächerübergreifend und durchgehend der kompetente
444 Umgang mit Quellen gelernt und eingeübt wird. Journalistische Quellen und Nachrichten
445 in einen Kontext einordnen können, Inhalte z.B. von Werbung unterscheiden zu können
446 und einen eigenen souveränen Umgang mit verschiedensten Medien zu entwickeln, muss
447 selbstverständlicher Teil von Bildung sein.

Begründung

Bayern nutzt die Mittel aus dem DigitalPakt Schule nur sehr schleppend. Wir brauchen aber die Digitalisierung in den Schulen und daher die digitalen Bildungskonzepte zur Beantragung der Mittel.

Antrag L1-B-461-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 461

461 • **Bayern braucht eine flächendeckende staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen.**

Begründung

Wir gehen davon aus, dass das sowieso schon so gemeint war, wollten das allerdings noch konkretisieren, um klarzustellen, dass Finanzierung über Drittmittel ungenügend ist, egal in welchen Summen, nachdem Forschung und Lehre so beeinflussbarer werden.

Antrag L1-B-467-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchstadt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 467

- 467 • **Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen müssen sich drastisch verbessern. Schluss**
468 **mit Mindestlohn und endlosen**
Befristungen. Bessere Bezahlung darf nicht zu Personalabbau führen.

Begründung

Aktuell ist es an Hochschulen Praxis, bei (Mindest-)Lohnerhöhungen Stunden zwangsmäßig zu reduzieren oder Stellen gleich ganz einzusparen. Das darf so nicht weitergehen.

Antrag L1-B-473-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Maximilian Arnold (KV Augsburg)
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 475

- 473 Wir erwarten von einer künftigen Staatsregierung, dass sie sich auf der Bundesebene
474 für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit
475 einsetzt. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen ~~219a und~~ 218
476 Strafgesetzbuch (StGB). Bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für
477 Frauen. Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für
478 Schwangerschaftsabbrüche vorsieht.

Begründung

219a ist bereits abgeschafft..

Antrag L1-B-597-1-TÜ: Teilübernahme zu L1-B-597-1

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	Teilübernahme zu L1-B-597-1
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 597

597 **6. ~~Umwelt und Klimaschutz – nur~~ Gemeinsam sozial -gerecht die Klimakatastrophe bekämpfen!**

Zeile 0 - 598

0

Klimaschutz braucht Gerechtigkeit

Die menschengemachte Klimakatastrophe ist eine asymmetrische Krise. Sie entstand vorrangig durch die Industrienationen, trifft aber die Länder ohne starke Industrie am härtesten. Aber auch innerhalb der Länder mit einer starken Industrie, leidet der Großteil der Bevölkerung unter den Folgen, während die Reichen und Superreichen kaum betroffen sind.

1

Die Folgen, die wir jetzt spüren, wie Hitzewellen, Wassermangel und weitere, sind aber nur der Ausblick auf das, was noch kommen wird. Deutschland steht auf Platz sechs der Länder, die am meisten Treibhausgase verursacht haben. Daher ist es auch unsere Pflicht als Bayern, unseren Beitrag dazu zu leisten, die Lebensgrundlagen für alle, sowohl global als auch vor Ort, zu schützen.

Für uns als Partei ist aber klar: Die andere Parteien haben keinen Interesse daran, die echten Verursacher*innen der Klimakatastrophe anzugreifen: die Superreichen und den Kapitalismus. Wir setzen uns im Landtag dafür ein, die Klimakatastrophe zu bekämpfen und die Menschen dabei mitzunehmen. Denn als Opposition sehen wir es als unsere Aufgabe, die Regierung zu

jeder Zeit an das Einhalten der Ziele des Pariser-Klimaabkommens zu mahnen und sie aktiv an die Pflicht gegen die Klimakatastrophe zu kämpfen zu erinnern.

2

- Wir erkennen an, dass die Ursachen der Klimakatastrophe nur durch einen Systemwandel behoben werden können und nicht durch freiwillige individuelle Handlungen.
- Wir lehnen rein marktbasierete Ansätze wie CO2-Bepreisung ohne Rückzahlung ab.
- Wir fordern weitgehende und bindende demokratische Beteiligung bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe.
- Wir betrachten alle Vorschläge der Regierung aus der Perspektive des Klimaschutzes und kritisieren scharf, wenn diese nicht genügend oder gar schädlich sind.
- Wir stehen in engem Kontakt mit Klimaforscher*innen und den Klimabewegungen und beteiligen sie bei unseren Entscheidungen mit ein.

Das Versprechen, die Klimakatastrophe aufhalten zu können solange persönliche Konsumverhalten verändert werden ist ein Märchen, dass von den anderen Parteien erzählt wird um den Kapitalismus zu schonen. Wahr ist, dass jede CO2 Einsparung einen Beitrag leistet zur Reduktion der Erderhitzung, aber solange die Produktionsmethoden und Energieerzeugung in Bayern und in der Rest der globalisierten Welt gleich bleiben, ist dieser Beitrag ein Tropfen auf den heißen Stein.

3

Die einzige Lösung, wirklich eine Chance gegen die Klimakatastrophe zu haben, ist ein Systemwandel. Eine gesamtgesellschaftliche Debatte über unsere Produktionsweise und unseren kollektiven Konsumverhalten, nicht den individuellen. Lösungen wie Kreislaufwirtschaft, betonfreie Häuser oder nachhaltig erzeugte Lebensmittel haben nur eine reale Wirkung, wenn sie großflächig eingesetzt werden, statt auf dem freien Markt individuell gehandelt zu werden.

Marktbasierte politische Ansätze wie CO2-Bepreisung treffen meist die falschen. Zwar ist der Verbrauch bei den Reichen und Superreichen um ein vielfaches höher, aber diese haben auch die Mittel, die höhere Preise schmerzfrei zu bezahlen. Diese Mittel erreichen wenn dann nur Einsparungen beim Rest der Bevölkerung, was die Schere der Lebensstandards weiter auseinander treibt und mehr soziale Ungerechtigkeit erzeugt. Das kann nicht unser Ziel sein.

4

Die Klimakatastrophe geht uns allen an, und nur gemeinsam können wir sie bekämpfen. Dafür braucht es alle Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung. Betriebs- und Personalräte

brauchen Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen bei der Frage der Transformation, aber auch Bürger*innenräte sollen eingerichtet werden um Mitbestimmungsrechte auch außerhalb den Betrieben zu gewährleisten. Nur so können wir die notwendige gesamtgesellschaftliche Debatten führen, um einen Systemwandel zu ermöglichen.

Es ist nicht möglich, mit den Naturgesetzen zu verhandeln, doch das ist genau was die anderen Parteien oftmals versuchen. Wir müssen sie immer wieder daran erinnern. Es ist unsere Aufgabe als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Regierung in Bayern anhand der Zielen des Pariser-Klimaabkommens zu prüfen und aufs schärfste zu kritisieren, wenn sie sich in die falsche Richtung bewegt. Wenn es in einem Bereich eine Notwendigkeit gibt, sich von den Zielen zu entfernen, zum Beispiel um kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern, verlangen wir von der Regierung einen detaillierten Plan, welche Maßnahmen sie vorhat, diese Abweichung wieder einzuholen, und wie sie diese Abweichung kurzfristig über andere Bereiche komplett kompensieren will.

5

Als Partei die den wissenschaftlichen Konsens um die Klimakatastrophe komplett anerkennt und als Teil der außerparlamentarischen Opposition wollen wir uns in allen unseren klimapolitisch-relevanten Entscheidungen mit den Klimaforscher*innen und den Klimabewegungen beraten. Denn auch deren Perspektiven zu hören ist ein notwendiger Bestandteil von klimagerechter Politik.

Zeile 599 - 602

~~599 Klimaschutz darf nicht die Armen treffen, wir wollen Klimagerechtigkeit. Die
600 Verursacher des Klimawandels, die Industrie und die Superreichen, dürfen sich bei der
601 Bekämpfung nicht aus der Verantwortung stehlen und müssen ihren finanziellen Anteil
602 beitragen, um die Maßnahmen zu finanzieren.~~

Zeile 603 - 604

~~603 • Alle Klimaschutzmaßnahmen werden auf die Folgen für ärmere Menschen geprüft und
604 führen im besten Fall bei diesen für größtmögliche Entlastung.~~

Zeile 605 - 606

~~605 • Maßnahmen, die auf Preisanreize setzen, müssen über Kopfpauschalen
606 zurückbezahlt werden.~~

Zeile 607 - 615

- 607 • ~~Perspektivisch muss der Ausstoß von fossilem CO2 verboten werden.~~
- 608 • ~~Den Anfang machen hierbei Verbote von Maximal-Ausstoß wie Privatjets.~~
- 609 • ~~Ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h sowie innerorts von 30 km/h ist~~
- 610 ~~durchzusetzen.~~
- 611 • ~~Intelligente Gesetze können zeitnah für deutliche Einsparungen in den~~
- 612 ~~Unternehmen sorgen, da diese durch Innovationsdruck regelmäßig~~
- 613 ~~anpassungsfähiger sind.~~
- 614 • ~~Den letzten Schritt bilden Allgemein-Verbote, die auch im Alltag der~~
- 615 ~~Normalbevölkerung greifen — mit ausreichender Vorlaufzeit.~~

Zeile 616 - 621

616 ~~Ob Global oder Lokal, die Auswirkungen der zunehmenden Erhitzung des Klimas treffen~~
617 ~~überall auf der Welt die ärmeren Menschen am heftigsten. Direkte Folgen, wie Hitze~~
618 ~~und Hochwasser; indirekte Folgen wie Lebensmittelknappheit und steigende Preise;~~
619 ~~Anpassungsmaßnahmen wie CO2 Abgaben, Klimatechnologien und Deiche — umso reicher die~~
620 ~~Menschen sind, umso besser können sie sich vor den Auswirkungen schützen, umso ärmer~~
621 ~~die Menschen sind, umso heftiger leiden sie unter den Folgen.~~

Zeile 622 - 627

622 ~~Dabei ist völlig klar, die Klimakrise schreitet immer schneller voran und es ist~~
623 ~~keine Frage des ob, sondern nur des wie, wir damit umgehen. Jeder weiß: Wir müssen~~
624 ~~unseren CO2 Ausstoß senken. Das bedeutet insbesondere den Ausbau von erneuerbaren~~
625 ~~Energien, die Reduktion des Energieverbrauchs und den Schutz unserer natürlichen~~
626 ~~Ökosysteme. Eine LINKE Antwort auf die Klimakrise rückt dabei zwingend die soziale~~
627 ~~Gerechtigkeit in den Fokus und baut auf gesellschaftliche statt individuelle Ansätze.~~

Zeile 628 - 634

628 ~~Im Moment werden fast ausschließlich Ansätze diskutiert, die auf den individuellen~~
629 ~~Konsum abzielen. Sei es eine CO2 Steuer oder die Subventionen von E-Autos.~~
630 ~~Strukturelle Maßnahmen wie Kohle-Ausstieg oder Verbot von Verbrennungsmotoren werden~~
631 ~~in die ferne Zukunft verlagert. Der individuelle Ansatz führt dabei zu einer Art~~
632 ~~Ablasshandel: Wer genug Geld hat, kann sich Einkäufe im Biosupermarkt, die PV-Anlage~~

~~633 auf dem Dach und das E-Auto leisten und sich damit moralisch freikaufen, selbst wenn
634 der eigene Energieverbrauch weit über dem Durchschnitt liegt.~~

Zeile 635 - 641

~~635 Machen wir uns nichts vor, Maßnahmen, die versuchen, CO₂-Emissionen über den Preis zu
636 steuern, wirken bei denen, die am meisten zur Klimaerhitzung beitragen kaum. Die
637 reichsten 10% der Bevölkerung in Deutschland verursachen fast 30% der Emissionen –
638 genauso viel, wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Es ist nicht davon
639 auszugehen, dass sich diese reichen Menschen von steigenden Preisen beeindrucken
640 lassen. Vor allem, wenn bei der Preisgestaltung darauf Rücksicht genommen werden
641 soll, dass die ärmeren Menschen nicht zu stark belastet werden.~~

Zeile 642 - 646

~~642 Verbrauchssteuern können nur dann ein geeignetes Mittel sein, wenn die Einnahmen über
643 pro Kopf Zahlungen, wie bei der CO₂-Abgabe in der Schweiz, an die Bevölkerung zurück
644 verteilt werden. Dadurch, dass die ärmeren Haushalte in aller Regel deutlich weniger
645 CO₂ ausstoßen als der Durchschnitt, profitieren diese davon – während reiche
646 Vielverbraucher deutlich mehr zahlen.~~

Zeile 647 - 653

~~647 Um der Geschwindigkeit der Erderhitzung aber einigermaßen gerecht zu werden, braucht
648 es weitere, wirksame Maßnahmen. Perspektivisch wird der Ausstoß von fossilem CO₂
649 vollständig verboten werden müssen. Entscheidend hierfür ist die gesellschaftliche
650 Akzeptanz der Verbote. Wenn die Verbote als erstes bei den absoluten Extrem-
651 Verbrauchern, wie Privatjets und Luxusjachten ansetzen und Schritt für Schritt auf
652 breitere Bevölkerungsteile ausgeweitet werden, wird die Akzeptanz deutlich größer
653 sein.~~

Zeile 654 - 661

~~654 Die Eckpfeiler einer erfolgreichen Klimapolitik sind grundsätzlich bekannt: Der
655 Energieverbrauch muss massiv reduziert werden, Energieproduktion und
656 Industrieprozesse müssen schnellstmöglich 100% erneuerbar werden, es braucht eine
657 umfassende Verkehrswende und die Landwirtschaft muss CO₂, Methan und Lachgas-
658 Ausstoß drastisch zurückfahren. Als LINKE in Bayern wollen wir diese Politik~~

659 ~~voranbringen. Mit visionären Ideen, die die Mehrheit mitdenken und mitnehmen,~~
660 ~~werden — wir die bayerische Staatsregierung vor uns hertreiben, so dass sie nicht~~
661 ~~umhinkommen wird, bei den Reichen für die Finanzierung der Klimapolitik zu sorgen.~~

Information der Antragskommission

Dies ist die Formulierung für eine Teilübernahme zu [L1-B-597-1](#).

Antrag L1-B-710-1: Änderungsantrag zu L1-B

Änderungsantrag zu L1-B

Antragsteller*in:	LAG Klimagerechtigkeit
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 710

710 **7. ~~Energiapolitik~~ Erneuerbare Energien für Bayern!**

Zeile 711 - 713

711 ~~Energiapolitik muss auf die Bedürfnisse von Verbrauchern und Umwelt ausgerichtet~~
712 ~~sein. Wir wollen eine Energiewende, die genau das im Blick hat und sozial gerecht den~~
713 ~~dringend nötigen Wandel einleitet — für Klima und Mensch.~~

Die bayerische Energiapolitik muss sich an zwei Grundpfeilern ausrichten, sie muss die Bedürfnisse der Menschen und des Klimas in den Blick nehmen. Dafür braucht es eine konsequente und umgehende Energiewende, die sozial gerecht den Wandel einleitet.

714

Wir fordern:

- Erneuerbare Energien konsequent ausbauen
- Die Infrastruktur für die dezentrale Energiewende stärken
- Nachbarschaften zu Energiequartieren ausbauen
- Bürger:innen an der Energiewende beteiligen

715

Nach dem vor über 20 Jahre eingeleiteten Ausstieg aus der Atomspaltung und dem nach dem Reaktorunfall in Fukushima unter anderem von der CSU beschlossenen vorgezogenen

Atomausstieg, hat die bayerische Landesregierung vollständig versagt, Alternativen zu schaffen.

Sonnenenergie wurde aktiv ausgebremst, Verteilnetze nicht ausgebaut, Windräder verunmöglicht und die Abhängigkeit von Kohle, Öl, Gas und Uran aus Russland, Kasachstan, Niger und den Golf-Staaten massiv erhöht. Die Energiewende wurde nicht nur verschlafen, sie wurde ausgebremst und boykottiert.

716

In den letzten Jahrzehnten haben Stoiber, Seehofer und Söder sich aktiv gegen den Netzausbau, gegen Solarenergie und gegen Windenergie gestellt. Bereits heute gibt es große Regionen in Bayern, in denen Solarenergie nicht mehr ins Netz eingespeist werden darf, weil die Netze sonst überlastet werden. Wir setzen uns für dezentrale Netze ein statt großer Trassen und damit für Bürger:innenenergie.

Bayern muss hier einen neuen Weg in Richtung erneuerbare Energien einschlagen, sonst kann die Industrie hier nicht mehr produzieren und die Einwohner:innen können ihren Strom dann nicht mehr bezahlen.

Zeile 714 - 716

- 714 • **~~DIE LINKE fordert eine progressive Gestaltung der Energiepreise,~~**
715 **~~Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch~~**
716 **~~dagegen besonders teuer.~~**

Erneuerbare Energien konsequent ausbauen! - Bürokratische Blockaden abbauen!

Zeile 717 - 719

- 717 • **~~für die Nutzung 100% erneuerbarer Energie fordert DIE LINKE auf das~~**
718 **~~Grundkontingent einen bayerischen Sonnengroschen – eine Förderung von 10~~**
719 **~~Gent/kWh.~~**

720

Wir werden Bayern systematisch nach Chancen für Geothermie erkunden und diese Chancen nutzen. Biogasanlagen in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion lehnen wir ab. Biogasanlagen sollen zur Verwertung von Ernteabfällen und Biomüll in der Nähe dienen; nicht über dutzende Kilometer von einem nur dafür gepflanzten Maisfeld mit Traktoren angefahren werden. Wir werden auch Genehmigungsverfahren für Agri-Photovoltaik vereinfachen.

Flächenmehrfachnutzung müssen wir ermöglichen.

Die Wasserstoffproduktion verursacht aktuell noch deutliche CO2-Emissionen, weil sie größtenteils auf Erdöl basiert und Umstellungen, beispielsweise der Stahlindustrie weg von Kohle und Erdgas, werden den Bedarf an Wasserstoff noch weiter erhöhen. Wasserstoff wird daher kein Ersatz für das gesamte Erdgasnetz darstellen, sondern an einzelnen Punkten konzentriert eingesetzt werden.

721

Um die über Jahre aufgebauten rechtlichen Hürden für Erneuerbare Energien abzubauen fordern wir das Einreißen sämtlicher Blockaden und Hürden. Die 10-H-Regelung muss sofort fallen. Es kann nicht sein, dass Windräder weiter von Siedlungen entfernt sein müssen als Atomkraftwerke.

Zusätzlich müssen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Hier fordern wir eine eigene Landesbehörde, die die Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien zwischen den Behörden koordiniert und beschleunigt. Wir brauchen hier einen Turbo und kein vor sich hin plätschern!

722

Auch können an vielen Orten wegen der Veränderung der Optik beispielsweise keine Solaranlagen auf den Dächern von denkmalgeschützten Häusern errichtet werden. Hier müssen wir nachziehen und den Vorrang der Erneuerbaren Energien vor der Optik des Denkmalschutzes durchsetzen.

Trotzdem werden auch alle Maßnahmen zum Umstieg auf erneuerbare Energien nicht ausreichen den CO2-Ausstoß auf ein klimaverträgliches Maß zu reduzieren – jede kWh die nicht verbraucht wird, muss nicht erst umständlich produziert werden.

Zeile 720 - 721

- 720 • ~~Die Finanzierung der Energiesubventionen erfolgt durch die Einführung einer~~
721 ~~Übergewinnsteuer.~~

Infrastruktur für die Energiewende stärken !

Zeile 722

- 722 • ~~Erneuerbare Energien müssen konsequent ausgebaut werden.~~

723

Bayern betreibt nach wie vor Kohlekraftwerke. Diese müssen so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2025 abgeschaltet werden. Auch der Gasausstieg ist notwendig. Deswegen fordern wir ein Programm zum Gasausstieg bis 2040. Atomenergie ist keine Alternative.

In den letzten Jahrzehnten hat die Landesregierung es verpasst, die Verteilnetze für Strom und Fernwärme auszubauen. Deswegen brauchen wir hier ein intensives Ausbauprogramm. Hier sollen die bayerischen Landesenergiewerke den Netzbau aktiv vorantreiben. Weiter sollen sie auch Stromspeicher, Windenergie und Solarenergie im großen Stil ausbauen.

Zeile 723

- 723 • ~~Die 10-H-Regel muss unverzüglich abgeschafft werden.~~

Nachbarschaften zu Energiequartieren ausbauen!**Zeile 724 - 727**

- 724 • ~~Es braucht eine Regelung, die es den Stadtwerken unkompliziert ermöglicht, den~~
725 ~~Strom aus PV-Anlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, lokal zu vermarkten –~~
726 ~~damit eröffnen sich für kommunale Stromanbieter Spielräume, eigene –~~
727 ~~Sozialtarife anzubieten.~~

728

Rehbichl (Pfronten), Neustadt (Moosburg a.d. Isar), Margaretenau (Regensburg) und Neuaubing-Westkreuz (München) machen es in Bayern bereits vor. Die Energiewende schaffen wir nicht nur durch Einzellösungen für jede Wohnung. Wir brauchen dezentrale weitgehend selbstversorgende Nachbarschaften. Das erhöht die Bereitschaft zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, schont das Netz und senkt den Strompreis.

Bestehende Förderprogramme der EU und des Bundes zur energetischen Stadtsanierung und zu energetischem Quartiersmanagement müssen gestärkt und notfalls übernommen werden. Strom und Wärmeversorgung in Bürger:innenhand.

729

Bürgerenergiegenossenschaften müssen gestärkt werden. Sie sind eine mögliche Organisationsform, wie Bürger:innen gemeinsam die Energieversorgung (Strom und Wärme) sicherstellen können. Hier müssen wir insbesondere die Windkraft in Bayern stärken und die Bürger:innen über Bürger:innenenergiegenossenschaften direkt beteiligen.

Indem wir Kommunen ein Förderprogramm zum Aufbau von Energiespeichern geben, können es sich Kommunen leisten, ihre Industrie am Standort zu halten und die Einwohner:innen zu versorgen. Wir brauchen starke und verlässliche Partner:innen in der Energiewende.

Zeile 728 - 729

- 728 • ~~Neben dem Kohle-Ausstieg braucht es einen zeitnahen Gas-Ausstieg und der Atom-~~
729 ~~Ausstieg ist für uns nicht rückverhandelbar.~~

Bürger:innen an der Energiewende beteiligen!

Zeile 730

- 730 • ~~DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.~~

731

2025 werden flexible Strompreise deutschlandweit zum Verbraucher:innenrecht. Um den günstigen Sonnenstrom auch als Bürger:innen und vor allem Mieter:innen nutzen zu können, müssen Stromspeicher von bis zu 5 kWh direkt bei den Verbraucher:innen gefördert werden. Das schont Netze und senkt Kosten.

Balkonsolkraftwerke geben auch Mieter:innen eine Möglichkeit, Ihren Anteil zur Energiewende beitragen zu können und Ihren Strombedarf aus dem Netz zu reduzieren.

732

Mit der Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten kann der Stromverbrauch massiv reduziert werden. Alte Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen brauchen ein vielfaches von modernen neuen Geräten. Neugeräte sparen hier schon mittelfristig Kosten, weswegen wir die Anschubfinanzierung fördern müssen.

Offene Löcher, schlecht abgedichtete Fenster und Türrahmen lassen viel Wärme aus der Wohnung abfließen und erhöhen den Heizbedarf. Die Wärmedämmung ist daher notwendig, darf aber nicht zu Lasten von Mieter:innen gehen, die sich anschließend die Miete nicht mehr leisten können. Sie darf daher nicht auf die Kaltmiete umgelegt werden.

733

Wärmepumpen sind die klimafreundliche und energieeffiziente Möglichkeit, Räume warm zu halten. Der Einbau von Wärmepumpen muss sich vervielfachen und genau deswegen müssen wir ihn fördern.

Es kann nicht sein, dass Großunternehmen günstige Preise direkt von den Strombörsen erhandeln können und einfache Mieter:innen kein Geld für das Heizen, den Herd oder den Kühlschrank haben. Wir müssen ein kulturfähiges Grundkontingent an Energiebedarf schützen und günstig anbieten. Wir fordern eine progressive Gestaltung der Energiepreise, Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch dagegen besonders teuer. Menschen dürfen nicht in kalten Wohnungen sitzen bleiben oder keinen Strom zum Kochen haben. Deswegen fordern wir ein Verbot von Strom- und Gassperren.

Zeile 731 - 734

- 731 • **Ein Programm für Wärmedämmung das Mietshäuser in den Fokus nimmt und die**
732 **energetische Sanierungen sozial absichert, ist unerlässlich. Nach der Sanierung**
733 **dürfen die umgelegten Kosten nicht höher ausfallen als die eingesparten**
734 **Heizkosten.**

Zeile 735

735

Zeile 736 - 739

- 736 ~~Über 80% der weltweiten Energienutzung stammt bis heute aus fossilen Energieträgern.~~
737 ~~Die damit zwingend verbundenen Emissionen von CO2 zerstören unseren Planeten. Wenn~~
738 ~~wir das nicht grundlegend und schnellstmöglich ändern, werden die Folgen irreversibel~~
739 ~~sein!~~

Zeile 740

740

Zeile 741 - 744

- 741 ~~Gleichzeitig hat die Energiekrise im vergangenen Jahr gezeigt, welche drastische~~
742 ~~Folgen plötzliche Veränderungen im Energiesystem haben können. Während Wohlhabende~~
743 ~~die steigenden Kosten zahlen können und energieintensive Unternehmen für Entlastungen~~
744 ~~lobbyieren, bleiben ärmere Haushalte im Dunkeln und Kalten zurück.~~

Zeile 745

745

Zeile 746 - 748

746 Eine LINKE Energiepolitik muss deshalb die sozialen Aspekte der Energiewende immer
747 wieder nach vorne stellen. Dabei kommt es auf drei Ebenen an: Energieverbrauch,
748 Energieproduktion und Industrieprozesse.

Zeile 749

749

Zeile 750 - 755

750 Für eine sozial gerechte Energieversorgung braucht es progressive Gestaltung der
751 Energiepreise. Etliche Untersuchungen zeigen, je höher die Einkommen, umso höher der
752 Energieverbrauch oder anders gesagt, je größer der Geldbeutel, umso größer der CO2-
753 Ausstoss. Deshalb fordert DIE LINKE eine progressive Gestaltung der Energiepreise.
754 Grundkontingente für Strom und Wärme müssen bezahlbar sein für alle. Wer dagegen
755 Pool, Sauna oder übergroße Wohnungen heizt, sollte dafür deutlich mehr zahlen müssen.

Zeile 756

756

Zeile 757 - 759

757 Hierfür braucht es eine gesetzliche Regelung, die alle Energieversorger in die
758 Pflicht nimmt. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann beispielsweise durch die
759 Erhebung einer Übergewinnsteuer erfolgen.

Zeile 760

760

Zeile 761 - 765

761 Um auch ärmeren Haushalten die Anschaffung energiesparender Geräte und die Dämmung
762 veralteter Häuser zu ermöglichen, braucht es ein bayerisches Kreditprogramm, dass für
763 diese mittelfristig geldsparenden Investitionen zinslose Kredite zur Verfügung
764 stellt. Geknüpft an eine klare Sozialprüfung soll hier der Staat für ärmere Haushalte
765 das Finanzierungsrisiko übernehmen.

Zeile 766

766

Zeile 767 - 771

~~767 In den nächsten Jahren werden zunehmend mehr PV-Anlagen aus der Förderung durch das
768 EEG fallen. Diese Anlagen können aber in aller Regel auf Jahre noch weiter sehr
769 günstigen Strom liefern. Hier braucht eine einfache, bürokratiearme Regelung, die es
770 kommunalen Energieversorgern ermöglicht, diesen Strom lokal zu vermarkten und damit
771 zusätzliche Spielräume in der Preisgestaltung zu gewinnen.~~

Zeile 772

772

Zeile 773 - 776

~~773 Für ein windkraftfreundliches Bayern muss selbstverständlich die 10-H-Regel endlich
774 kippen und weiterhin setzen wir darauf, dass der Atomausstieg nicht rückwirkend
775 verhandelbar ist, denn die Energiewende funktioniert nur mit zukunftsweisenden
776 erneuerbaren Energien.~~

Zeile 777

777

Zeile 778 - 782

~~778 Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht
779 es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier
780 Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle
781 Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die
782 Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.~~

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Information der Antragskommission

Der Antrag wurde im Antragsheft 1 fehlerhaft dargestellt. Dort wurde die Aufzählung in Zeile 714 nicht angezeigt. Die korrekte Version ist in [OpenSlides](#) oder im Antragsheft 2 zu finden.

Antrag L1-C-2-1: Änderungsantrag zu L1-C-1-1

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Tilo Stock (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 6

- ~~2 Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Damit alle mobil sein können, müssen die~~
~~3 Voraussetzungen geschaffen werden. Mobilität muss in Zeiten der Klimakrise auch~~
~~4 klimafreundlich sein. Wir wollen daher den Fokus legen auf Fußgänger:innen,~~
~~5 Radfahrer:innen und der ÖPNV bilden das Herzstück. Wir wollen den Umstieg vom Auto~~
~~6 auf Bus und Bahn – für alle bezahlbar und attraktiv.~~

Mobilität für alle muss gewährleistet sein und kann daher keine Frage des Geldbeutels sein. Gleichzeitig ist es notwendig, die Klimaneutralität im Verkehrssektor nach jahrelangem Zögern endlich zu beschleunigen. Um beiden Zielen gerecht zu werden, braucht es eine radikale Verkehrswende und damit eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr und eine Weichenstellung hin zu Fuß-, Rad-, und Schienenverkehr.

Wir fordern:

7

Ein erster Schritt ist hier der sofortige Genehmigungsstopp für Autobahnen in Bayern. Bundesweit setzen wir uns für den Zulassungsstopp von Verbrennungsmotoren bis 2030 ein. Für die Menschen, die noch auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind, setzen wir auf Carsharing und die E-Mobilität als Brückentechnologie.

Im nahen Umfeld wollen wir verstärkt auf Fuß- und Radverkehr setzen, in der Region ist den Öffentlichen Verkehrsmitteln und auf überregionaler Ebene der Bahn Priorität einzuräumen. Die unterschiedlichen Ebenen müssen besser verzahnt sein. Das bedeutet sowohl

überregionale Planungen unter breiter Beteiligung aller Betroffenen vor Ort als auch Abstimmungen der Abfahrtszeiten im Betrieb.

Der Sommer 2022 hat gezeigt, ein günstiger Nahverkehr wird genutzt. Wir fordern den Öffentlichen Nahverkehr ticketfrei zu gestalten, übergangsweise können wir uns mit einer Fortsetzung des 9 €-Tickets abfinden.

Bevor es so weit ist, müssen sofort kostenlose Sozialtickets für Bezieher von Sozialleistungen und für Menschen in Armut eingeführt werden. Niemand darf gezwungen sein, sich durch das Erschleichen von Leistungen zu kriminalisieren.

8

Allerdings hat uns der Sommer ebenfalls die Grenzen der aktuellen Infrastruktur aufgezeigt. Wir fordern daher klar den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs auf allen Ebenen. Stillgelegte Strecken müssen wieder in Betrieb genommen werden, die bestehenden Bahnstrecken müssen modernisiert und, falls bisher nicht erfolgt, elektrifiziert werden. Auch Eisenbahn-Nebenstrecken wollen wir zweigleisig ausbauen.

Bei zusätzlichem Ausbau des Schienennetzes bevorzugen wir oberirdische Strecken, da der Bau deutlich klimafreundlicher ist. In kleinen Gemeinden wollen wir bis zum Ausbau eines dauerhaften Angebots auf on-Demand-Lösungen setzen.

Bahnhöfe und Busbahnhöfe wollen wir zu Mobilitätszentren (Bus, Bahn, Carsharing, Taxis, Fahrradparkplätze, Bikesharing) mit Versorgungseinrichtungen (WC, Einkaufen, Gastro) weiterentwickeln und zu Begegnungszentren mit Aufenthaltsqualität machen.

Barrierefreiheit muss bei allen Infrastrukturmaßnahmen der Standard sein.

Neben dem Ausbau der Infrastruktur ist allerdings auch an vielen Orten eine höhere Taktung von Bussen, S-, U- oder Tram-Bahnen nötig. Für den ÖPNV müssen eigene Spuren geschaffen werden, um unabhängig vom Verkehrsaufkommen einen zuverlässigen Betrieb sicherzustellen.

Der Ausbau der Infrastruktur bedeutet natürlich auch, dass mehr Personal benötigt wird.

Gleichzeitig fordern wir bessere Arbeitsbedingungen, das bedeutet kürzere Wochenarbeitszeiten und einen Ausbau der Pausenmöglichkeiten. Unternehmen im ÖPNV müssen entsprechend der Tarifverträge bezahlen.

9

Neben dem Personenverkehr muss auch der Güterverkehr auf die Schiene gebracht werden, denn der Großteil unserer Güter wird mit LKWs transportiert. Durch das Fördern von regionalen Lieferketten und der von uns geforderten Reparaturförderung der Produkte wollen wir das

Gesamtverkehrsaufkommen reduzieren. Dennoch brauchen wir auch für regionale Lieferketten einen Ausbau der Verladestruktur auf die Schiene und die Anbindung von größeren Gewerbegebieten an das Schienennetz.

In den Städten sollen die Güter an Verteilstationen ankommen und auf emissionsarme Transportmöglichkeiten wie (E-)Lastenräder, E-Lieferwägen oder - falls möglich - Kopplung mit dem ÖPNV verteilt werden.

In den Städten und auf dem Land für die Region ist das Fahrrad eines der besten Verkehrsmittel - wenn es gute und sichere Radwege gibt. Wir unterstützen den Radentscheid Bayern dabei, dieses Ziel zu erreichen. Dafür fordern wir eine landesweite Planung des Radwegenetzes, insbesondere über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Die Radwege sollen den aktuellen Standards der Niederlanden entsprechen.

Damit sich das Rad nahtlos in die übrigen Formen des ÖPNV einfügt, muss die Mitnahme in den öffentlichen Verkehrsmitteln kostenfrei sein. Beim Ausbau der notwendigen Radstellplätze an den Mobilitätszentren aber auch in Wohnungsnähe sind die Kommunen auf Unterstützung angewiesen.

Begründung

1. Stellungnahme der Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft EVG (<https://www. evg-online.org/meldungen/details/news/schwarzfahren-muss-eine-straftat-bleiben-6394/>)

Schwarzfahren muss eine Straftat bleiben! Seit langem wird darüber diskutiert, Schwarzfahren zu entkriminalisieren – und zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Jetzt macht die erste Landesregierung Nägel mit Köpfen. Aber falsch bleibt falsch! Denn das wäre eine Einladung zur bewussten Regelübertretung. Das würde das Gewaltpotenzial in öffentlichen Verkehrsmitteln noch einmal verschärfen. Politiker/innen können sich vielleicht nicht vorstellen, welche Unverschämtheiten sich unsere Kolleginnen und Kollegen (nicht nur) im Prüfdienst anhören müssen. Und zu welchen plötzlichen Gewaltausbrüchen ertappte Schwarzfahrer fähig sind. Das ist das eigentliche Problem und da müssen wir ran. Deshalb hat die EVG das Gesetzesvorhaben auch umgehend öffentlich scharf kritisiert. Denn wenn die Justiz entlastet werden soll, kann das nur durch mehr Personal geschehen und nicht dadurch, dass man Straftatbestände abschafft und die Beschäftigten damit allein lässt.

2. Eigene Begründung

Die EVG fährt in ihrer Begründung vor allem auf die üblichen Übergriffe ertappter „SchwarzfahrerInnen“ gegen das Personal der Verkehrsunternehmen (VU) ab. Es gibt aber noch

einen anderen Aspekt: Wenn ein VU wie von uns gefordert einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehr mit ordentlich bezahlten MitarbeiterInnen produzieren soll, ist es auf seine Fahrgelderlöse angewiesen. Natürlich sollte sich keine EmpfängerInnen von Sozialleistungen bzw. kein Mensch in Armut kriminell machen müssen, wenn er/sie den ÖPNV nutzt. Aber zu sagen, enthalte einfach dem VU die benötigten Fahrgelderlöse, wir setzen uns dafür ein, dass das nicht mehr kriminell ist, ist der falsche Weg. Der richtige Weg ist, dem genannten Personenkreis die kostenlose Benutzung des ÖPNV legal zu ermöglichen, wobei die Kommune dem VU die entfallenden Fahrgelderlöse ersetzt. Wird stattdessen „Schwarzfahren“ zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft, dann muss der erappte „Schwarzfahrer“ ein Buß- oder Verwarngeld bezahlen (Ordnungswidrigkeit) und zusätzlich noch das erhöhte Beförderungsgeld von 60 €. Wovon eigentlich, wenn er/sie noch nicht mal das Geld hatte, die normale Fahrkarte zu bezahlen?

Information der Antragskommission

Änderung am Antrag L1-C-1-1. Der Satz

"Bevor es so weit ist, muss zuerst das Fahren ohne Ticket entkriminalisiert werden und höchstens als Ordnungswidrigkeit gewertet werden."

soll ersetzt werden durch

"Bevor es so weit ist, müssen sofort kostenlose Sozialtickets für Bezieher von Sozialleistungen und für Menschen in Armut eingeführt werden. Niemand darf gezwungen sein, sich durch das Erschleichen von Leistungen zu kriminalisieren."

Antrag L1-C-72-1: Änderungsantrag zu L1-C

Änderungsantrag zu L1-C

Antragsteller*in:	Tilo Stock (KV München)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 72 - 74

- 72 • ~~Fahren ohne Ticket muss entkriminalisiert werden. Es~~ Wir setzen uns für die sofortige
73 Schaffung kostenloser Sozialtickets für Bezieher von Sozialleistungen und für Menschen
74 in Armut ein. Niemand darf höchstens als-

- 75 **Ordnungswidrigkeit gewertet werden, vergleichbar mit einem Bußgeld, das gezwungen sein, sich am verbotenen Parken auf Behindertenparkplätzen orientiert durch das Erschleichen von Leistungen zu kriminalisieren.**

Begründung

1. Stellungnahme der Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft EVG (<https://www.evg-online.org/meldungen/details/news/schwarzfahren-muss-eine-straftat-bleiben-6394/>)

Schwarzfahren muss eine Straftat bleiben! Seit langem wird darüber diskutiert, Schwarzfahren zu entkriminalisieren – und zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Jetzt macht die erste Landesregierung Nägel mit Köpfen. Aber falsch bleibt falsch! Denn das wäre eine Einladung zur bewussten Regelübertretung. Das würde das Gewaltpotenzial in öffentlichen Verkehrsmitteln noch einmal verschärfen. Politiker/innen können sich vielleicht nicht vorstellen, welche Unverschämtheiten sich unsere Kolleginnen und Kollegen (nicht nur) im Prüfdienst anhören müssen. Und zu welchen plötzlichen Gewaltausbrüchen ertappte Schwarzfahrer fähig sind. Das ist das eigentliche Problem und da müssen wir ran. Deshalb hat die EVG das Gesetzesvorhaben auch umgehend öffentlich scharf kritisiert. Denn wenn die Justiz entlastet werden soll, kann das nur durch mehr Personal geschehen und nicht dadurch, dass man Straftatbestände abschafft und die Beschäftigten damit allein lässt.

2. Eigene Begründung

Die EVG fährt in ihrer Begründung vor allem auf die üblichen Übergriffe ertappter „SchwarzfahrerInnen“ gegen das Personal der Verkehrsunternehmen (VU) ab. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt: Wenn ein VU wie von uns gefordert einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Verkehr mit ordentlich bezahlten MitarbeiterInnen produzieren soll, ist es auf seine Fahrgelderlöse angewiesen. Natürlich sollte sich keine EmpfängerInnen von Sozialleistungen bzw. kein Mensch in Armut kriminell machen müssen, wenn er/sie den ÖPNV nutzt. Aber zu sagen, enthalte einfach dem VU die benötigten Fahrgelderlöse, wir setzen uns dafür ein, dass das nicht mehr kriminell ist, ist der falsche Weg. Der richtige Weg ist, dem genannten Personenkreis die kostenlose Benutzung des ÖPNV legal zu ermöglichen, wobei die Kommune dem VU die entfallenden Fahrgelderlöse ersetzt. Wird stattdessen „Schwarzfahren“ zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft, dann muss der ertappte „Schwarzfahrer“ ein Buß- oder Verwarngeld bezahlen (Ordnungswidrigkeit) und zusätzlich noch das erhöhte Beförderungsgeld von 60 €. Wovon eigentlich, wenn er/sie noch nicht mal das Geld hatte, die normale Fahrkarte zu bezahlen?

Antrag L1-D-356-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	Teilübernahme
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 356

356

- Wir fordern, dass Bayern Gaming als Förderung der Kultur und E-Sport als Sport anerkennt.

Begründung

Ursprünglich als Forderung für Kulturteil geplant; da im Kulturteil Vereine nicht erwähnt sind, wollen wir es hier einfügen

Information der Antragskommission

Übernahme in Zeile 412

Antrag L1-D-518-1: Änderungsantrag zu L1-D

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	Übernommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 518

- 518 • **Wir fordern ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Pestiziden und die Offenlegung der Betriebsbücher.**

Begründung

Es ist nicht möglich, Daten zum Pestizideinsatz in Bayern zu finden. Deswegen fordern wir hier Transparenz durch die Offenlegung der Betriebsbücher.

Weitere Infos: <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/pestizide-obstanbau-101.html>